Niederschrift

über die Sitzung des Bau- Planungs- und Verkehrsausschusses

am Dienstag, dem 18.03.2003

Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:

I. Öffentlich

1		Einwohnerfragestunde
2		Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 21.01.2003
3	08 - 13 1314/2003	Vorstellung der durchgeführten Grobanalyse
4	08 - 13 1313/2003	Ehemaliges Rathaus im Ortsteil Emmerich-Elten,
Sonderwykstr. 2
5	05 - 13 1300/2003	Aufhebung des Bahnüberganges "Am Löwentor";
hier: Abschluss einer Planungsvereinbarung
6	05 - 13 1301/2003
E1	43. Änderung des Flächennutzungsplanes betreffend
Darstellung einer Konzentrationszone für
Windenergieanlagen;
hier: 1. Bericht zur durchgeführten 4. Offenlage
2. Feststellungsbeschluss
7	05 - 13 1297/2003	Antrag auf Befreiung von Festsetzungen des Bebauungs-
planes Nr. E 6/6 - Am Hasenberg -
8	05 - 13 1294/2003	7. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. EL K/3
- Luitgardisstraße - (Teilplan Nordwest);
hier: 1. Bericht zur durchgeführten Offenlage und
Trägerbeteiligung
2. Satzungsbeschluss
9	05 - 13 1298/2003	4. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. P 3/1
- Raiffeisenstraße/Nord -;
hier: 1. Bericht zur durchgeführten Offenlage und
Trägerbeteiligung
2. Satzungsbeschluss
10	05 - 13 1295/2003	1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. B/1 - Amselweg-;
hier: 1. Bericht zur durchgeführten Bürger- und
Trägerbeteiligung
2. Beschluss zur Offenlage
3. Städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 BauGB

11 05 - 13 1303/2003 2. Änderung des Bebauungsplanes Hüthum Nr. 6
- Am Broinsken -;
hier: 1. Bericht über die durchgeführte Bürger- und
Trägerbeteiligung
2. Beschluss zur Offenlage

12 Mitteilungen und Anfragen

13 Einwohnerfragestunde

Anwesend sind: Diks, Johannes
als Vorsitzender

Die Mitglieder: Bongers, Karl-Heinz (für Mitglied Wernicke)
Brink ten, Johannes
Brockmann, Manfred (für Mitglied Janssen)
Diekman, Rolf (für Mitglied Jessner)
Diks, Johannes
Elbers, Markus Herbert (für Mitglied Brouwer)
Heering, Anneliese (für Mitglied Tepsaß)
Hinze, Peter
Hövelmann, Gabriele
Jansen, Albert
Swienty, Rolf (für Mitglied Niemann)
Siebers, Sabine (für Mitglied Sickelmann)
Struckhof, Dieter

Von der Verwaltung: Erster Beigeordneter Herr Dr. Wachs
Herr Kemkes
Herr Kraayvanger
Frau Ohm (Schriftführerin)

Als Gäste: Herr Krug (Ingenieurbüro K & L, TOP 3)
Herr Janßen (DB Netz AG, Niederlassung West, TOP 5)
Herr Schöttler (DB Netz AG, Niederlassung West, TOP 5)
Herr Wels (Stadtwerke Emmerich)

Der Vorsitzende eröffnet die öffentliche Sitzung um 18.00 Uhr und begrüßt die Anwesenden.
Zur Tagesordnung werden keine Ergänzungen vorgetragen. Sie ist damit genehmigt.

I. **Öffentlich**

1 **Einwohnerfragestunde**

Seitens der Einwohner werden keine Fragen gestellt.

2 **Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 21.01.2003**

Gegen die Niederschrift werden keine Bedenken vorgetragen. Sie ist damit genehmigt.

3 **08 - 13 1314/2003 Vorstellung der durchgeführten Grobanalyse**

Zu diesem TOP begrüßt Vorsitzender Diks Herrn Krug vom Ing.-Büro K & L. Herr Kraayvanger berichtet, dass Mitte des vergangenen Jahres eine Grob- bzw. Feinanalyse für die technischen Anlagen in Auftrag gegeben wurde. Dieses Gutachten wurde in Zusammenarbeit mit der Verwaltung vom Ing. Büro K & L erstellt. Die Ergebnisse sind der Vorlage beigelegt. Herr Krug wird die Details erläutern. Herr Krug berichtet, dass ein Energiekonzept erstellt wurde. Hierbei wurden die technischen Anlagen geprüft und ein Anlagenkataster erstellt. Des Weiteren wurde ein Energieeinsparungskonzept erarbeitet. Dieses Konzept gliedert sich in zwei Teile und zwar in den wirtschaftlichen- und den Sanierungsteil. Im wirtschaftlichen Teil wurde ein Konzept mit einer Amortisationsdauer von 3,2 Jahren und einer Investition von rd. 211.000 € erarbeitet. Davon können rd. 67.000 € pro Jahr eingespart werden. Die CO₂-Emissionen können um 291 t pro Jahr reduziert werden. Das erarbeitete Konzept ergibt ein Einsparungspotential von rd. 16 %. Schwerpunkt in dem Konzept ist die Begradigung des Nutzerverhaltens.

Dazu sind praktische Vorschläge gemacht worden, z. B. die Beleuchtung in den Sporthallen über Sensoren oder Spezialthermostate zu steuern. Die Spezialthermostate sind so eingestellt, dass sie konstant nur niedrigere Temperaturen anwählen.

Als erster Schwerpunkt ist die Begradigung des Nutzerverhaltens zu nennen. Hier können mit geringen Investitionen große Ersparnisse erzielt werden. Als zweiten Punkt ist die bedarfsgerechte Nutzung zu nennen. Die bedarfsgerechte Nutzung bezieht sich z. B. auf Umwälzpumpen. Hier ist vorgesehen, die Pumpen über elektronische Regelungen, d. h. über Fühler zu steuern. Diese Umstellung würde eine mindestens 50 %-ige Einsparung bringen. Der dritte Schwerpunkt betrifft die technische Innovation, d. h. alte Anlagen durch Neuanlagen zu ersetzen. Es wurde weiter vorgeschlagen, dass in den öffentlichen Gebäuden Hochleistungslampen eingesetzt werden, welche höhere Lebensdauer haben. Vorsitzender Diks stellt fest, dass aus dem Gutachten die kurz- und mittelfristigen Maßnahmen relativ schnell erfolgreich sein werden. Wegen der Finanzierung ist noch keine Aussage getroffen worden.

Herr Krug teilt ergänzend mit, dass der Auftrag für ein wirtschaftliches Konzept für maximal 5 Jahre Amortisation lautete.

Mitglied Diekman bezieht sich auf Seite 19 und fragt an, welche Einsparungen möglich wären, wenn nochmals 650.000 € investiert werden würden.

Herr Krug erwidert, dass auf Seite 19 der Sanierungsbedarf auflistet ist. Dieser Bedarf ist nicht wirtschaftlich zu sehen, da diese Maßnahmen aufgrund gesetzlicher Vorschriften anstehen.

Auf die Frage von Mitglied Siebers nach den vorliegenden Bezugsdaten antwortet Herr Krug, dass die Daten von den Stadtwerken aus dem Jahr 2001 zugrunde liegen. Die Emissionswerte sind Empfehlung des Bundeswirtschaftsministeriums aus dem Jahr 1996. Auf eine weitere Frage von Mitglied Siebers, wo das vollständige Gutachten vorliegt, verweist Herr Krug auf Herrn Kraayvanger.

Vorsitzender Diks führt aus, dass jede Fraktion eine Kopie erhalten wird.

Mitglied Struckhof fragt an, ob die geschätzten 670.000 € für den Sanierungsbedarf in den nächsten Jahren für die Heizungsanlagen ausgegeben werden müssen, und könnten diese Ausgaben über Verträge mit den Stadtwerken abgewickelt werden. An einigen Stellen sollen durch Umstellung des Energievertrages Einsparungen erreicht werden. Er fragt an, warum die alten Lieferverträge mit den Stadtwerken nicht gekündigt wurden.

Herr Krug führt aus, dass in Emmerich die ideale Situation besteht, da die Verträge mit den Stadtwerken abgeschlossen wurden. Die Frage der Brennwerttechnik hat sich insofern erledigt, da in der neuen Energiesparverordnung diese Technik vorgeschrieben ist. Durch die Herausnahme der Sanierung des Willibrord-Gymnasiums verkürzt sich die Dauer der Amortisation.

Weiter fragt Mitglied Struckhof an, ob es sinnvoll ist, einige Gebäude mit Wärmekraftkoppelung zu versehen und dadurch weitere Einsparungen zu erreichen.

Herr Kraayvanger erwidert, dass in Kürze ein Konzept für das Willibrord-Gymnasium vorgelegt wird. Durch die Installation einer Solaranlage und Erneuerung der Heizungs- und Lüftungsanlage durch die Stadtwerke ist eine optimale Lösung gefunden worden.

Herr Krug führt aus, dass die Wärmekraftkoppelung überprüft wurde. Diese Lösung ist wirtschaftlich nicht rentabel, da eine Volllast bei Schulen nicht zu erreichen ist.

Mitglied Diekman ist der Meinung, dass die Stadt keine Verträge mit anderen Lieferanten abschließen sollte. Dementsprechend sollen Verträge mit den Stadtwerken abgeschlossen werden.

Erster Beigeordneter Herr Dr. Wachs führt aus, dass die Verträge mit den Stadtwerken überprüft wurden und in Ordnung sind.

Die Mitglieder Diekman und ten Brink stellen den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die in der Grobanalyse dargestellten Maßnahmen umzusetzen.

Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

4 08 - 13 1313/2003 Ehemaliges Rathaus im Ortsteil Emmerich -Eltén, Sonderwykstr. 2

Vor Sitzungsbeginn fand eine Ortsbegehung des Eltener Rathauses statt.

Mitglied Jansen berichtet, dass eine Schätzung der Kosten vorliegt. Es stehen noch Gespräche mit der Unteren Denkmalbehörde aus, wobei sich die Kosten noch verändern können. Daher kann dem Vorschlag der Verwaltung zugestimmt werden. Die Mittel werden dann in den Haushaltsplanberatungen im kommenden Jahr angemeldet werden. Kleinere Reparaturen, wie das Auswechseln der Glühbirnen, sollen evtl. durch die dort ansässigen Vereine AWO und DRK vorgenommen werden.

Mitglied Jansen stellt den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Vorsitzender Diks ergänzt die Aussage dahin gehend, dass die Vereine einige Aktionen in Eigenleistung, z. B. das Anstreichen der Wände, ausführen könnten, wenn die Materialien von der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Darüber sollten Gespräche mit den dort ansässigen Vereinen geführt werden.

Herr Kraayvanger berichtet, dass sich einige Interessenten gemeldet haben, die das Gebäude kaufen würden mit dem Ziel, das Gebäude instand zu setzen und zu vermieten.

Mitglied Diekman schließt sich dem Antrag an.

Mitglied Jansen weist darauf hin, dass bei einem evtl. Verkauf zu berücksichtigen ist, dass dort die bereits erwähnten Vereine ansässig sind.

Mitglied Siebers sagt aus, dass sie den Antrag unterstützt und ist dafür, dass die Vereine in Eigeninitiative kleinere Reparaturen ausführen sollen.

Die Mitglieder Jansen und Diekman stellen den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt diese, die erforderliche Abstimmung mit der Unteren Denkmalbehörde vorzunehmen und aufgrund dieser Abstimmung die erforderlichen Mittel zur Durchführung dieser Maßnahmen für den Haushalt 2004 anzumelden.

Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**5 05 - 13 1300/2003 Aufhebung des Bahnüberganges "Am Löwentor";
hier: Abschluss einer Planungsvereinbarung**

Vorsitzender Diks begrüßt die Herren Janßen und Schöttler von Deutschen Bahn aus Essen. Er weist darauf hin, dass es nicht darum geht, sich für eine Variante zu entscheiden.

Herr Kemkes bezieht sich auf die Inhalte der Vorlage. Die Verwaltung hat die erforderlichen Gespräche mit dem Ministerium und der Bahn geführt. Die Ergebnisse dieser Gespräche sind in der Vorlage eingehend erläutert. Vor dem Hintergrund der gesetzlichen Vorgaben im Rahmen der anstehenden Planfeststellungsverfahren, u. a. auch eine Variantenbetrachtung durchführen zu müssen, hat die Bahn in den Gesprächen vorgeschlagen, eine Planungsvereinbarung abzuschließen. Als Nebenaspekt ist anzumerken, dass die Kosten je zu Hälfte getragen werden. Die Planungsvereinbarung beinhaltet alle bisher diskutierten Varianten einer Betrachtung zu unterziehen im Hinblick auf die Machbarkeit, Finanzierung, Umsetzungszeitpunkt etc. Dabei sollen die Varianten unter dem Aspekt Beibehaltung der L 90 und Abstufung der L 90 zur einer Stadtstraße betrachtet werden. Das Ministerium hat mitgeteilt, dass eine Abstufung der L 90 erforderlich ist, weil sie keine überörtliche Verkehrsbedeutung mehr hat. Die Stadt könnte die Übernahme ablehnen. Das würde aber dazu führen, dass ein Verfahren zur Aufnahme in den Landesstraßenbedarfsplan angestellt werden müsste.

Diese Maßnahme hat Auswirkungen auf den Realisierungszeitpunkt, da angesichts der leeren Kassen des Landeshaushaltes diese Baumaßnahme in der Priorisierung des Landesstraßenbedarfsplanes hinten einzustufen ist.

Der Sinn der Untersuchung aller Varianten ist es alle Gesichtspunkte zu beleuchten und festzustellen, welche Zeitvorgaben daraus entstehen, damit der Rat in der Lage ist sachgerecht zu entscheiden.

Herr Janßen berichtet, dass die Bahn den gesetzlichen Auftrag hat alle Bahnübergänge zu beseitigen. Im Rahmen dieser Aufgaben sind die Entscheidungen zu begründen. Daher sollen kostengünstige Lösungen geplant und umgesetzt werden. Darüber hinaus müssen diese Vorschläge einer Finanzprüfung standhalten. Aus diesem Grund ist eine gemeinsame Planung sinnvoll.

Mitglied ten Brink möchte wissen, wer hier zu den Beteiligten zählt, wer die Kostenträger sind und welche Kosten auf die Beteiligten entfallen.

Herr Schöttler führt aus, dass die Änderungen von Bahnübergängen im Eisenbahnkreuzungsgesetz geregelt sind. Im § 3 EkrG heißt es, wenn es zur besseren Abwicklung des Verkehrs und zur Erhöhung der Sicherheit notwendig ist. Das Eisenbahnkreuzungsgesetz regelt eine Kostendrittteilung der Beteiligten an einer Kreuzungsmaßnahme. Dies sind die Bahn, der Baulastträger der Straße, hier zunächst der Landesbetrieb Straßenbau NRW und der Bund. Für den Fall einer städtischen Beteiligung an der Drittelfinanzierung wird gemäß Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) in der Regel ein Zuschuss bis zu 75 % der zuwendungsfähigen Kosten gewährt.

Mitglied ten Brink führt aus, dass im Anschreiben der Bahn auf den baulichen und rechtlich gesicherten Ist-Zustand hingewiesen wird und die sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die Planungsvarianten dargestellt werden müssen. Er wünscht nähere Erläuterungen hierzu.

Herr Schöttler erklärt, dass auch die künftige Verkehrsentwicklung in den Planungen berücksichtigt werden muss.

Mitglied Diekman möchte, dass einige Punkte berücksichtigt werden. Es handelt sich zum einen um eine behindertengerechte Ausführung der Fußwege, es sollen keine Aufzüge eingebaut werden, die Wege müssen offen und ohne Angsträume sein, die Kostenfrage muss geklärt werden, die mehrstufige Untersuchung nach dem Landstraßengesetz, das bedeutet die Untersuchung der Höhe, falls LKW's durchfahren sollen. Seine Fraktion spricht sich dafür aus, die LKW's über die Weseler Straße fahren zu lassen. Außerdem soll gewährleistet werden, dass der LKW-Verkehr über die Wallstraße den Hafen erreichen kann.

Mitglied Struckhof fragt an, ob ein 3. Gleis noch aktuell ist, und ob aus der Planungsvereinbarung die Zeitschiene ersichtlich sein wird.

Herr Janßen berichtet, dass zum Ausbau der Strecke noch keine Aussagen gemacht werden können. Daher sollte man sich auf die Kreuzungsmaßnahme Löwentor beschränken.

Mitglied ten Brink führt aus, dass gesetzlich anderweitige Lösungsmöglichkeiten zu untersuchen sind. Nach § 2 Abs. 1 der Planungsvereinbarung kommen Bahn und Stadt überein, vorliegende Planungskonzepte unter dem Aspekt der Beibehaltung der L 90 als auch der Abstufung der L 90 und unter Einbeziehung der jetzigen Ist-Planung und der planfestgestellten Lösung, zu untersuchen. Zusätzlich verweist die Bahn in ihrem Schreiben auf bestimmte Prüfungskriterien. Dazu gehört auch das Eisenbahnkreuzungsgesetz, wonach die Aufhebung der Kreuzung geregelt wird. Zur Zeit ist die L 90 noch eine Landstraße. Daher muss die Landstraßenvariante untersucht werden. Unter den anerkannten Regeln der Technik ist zu verstehen, dass die Neigung der Rampe mit max. 6 % behindertengerecht zu planen ist, d. h. es sollen keine Aufzüge eingebaut werden. Weiter ist die Überführung geradlinig zu führen, damit keine Angsträume entstehen. Es soll eine kostenoptimierte Lösung gefunden werden. Insofern wird vorrangig eine landstraßengerechte Lösung angestrebt. Des Weiteren sind die Belange der Umwelt zu berücksichtigen, d. h. das Lösungsvarianten mit niedrigen Stützwänden der Trogbauwerke oberhalb des Grundwasserspiegels ausgeführt werden. Dieser Vorschlag würde auch begrünte Böschungen erlauben.

Auch muss Platz für Schallschutzmaßnahme berücksichtigt werden. Zusammenfassend führt Mitglied ten Brink aus, dass jede Variante unter den o. a. Vorgaben als Land- und Stadtstraßenlösung zu untersuchen ist.

Daraus folgert er, falls eine Variante aus konstruktiven Gründen als Landstraße nicht planbar ist, scheidet sie automatisch als Stadtstraßenvariante aus. Aus den vorgenannten Gründen möchte er die Punkte: behindertengerecht, ohne Angsträume, durchschaubar, kostenoptimierte Lösung, Untersuchung der L 90 sowohl als Land- als auch Stadtstraße.

Der Ausschuss möge beschließen, keine Abstufung der L 90 vor der Entscheidung irgendeiner Variante. Dies stellt Mitglied ten Brink als Antrag.

Mitglied Diekman merkt an, das beide Varianten untersucht werden, und zwar zum einem nach dem Landstraßengesetz, d. h. mindestens 4,50 m tief in die Erde. Bei der sog. Stadtstraße könnte 1/3 der Tiefe eingespart werden.

Mitglied ten Brink möchte bestätigt wissen, dass jede Lösung landstraßengerecht sein muss. Vorsitzender Diks ergänzt, dass es sich um abgespeckte Landstraßenversion handelt.

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein stimmt dem Abschluss einer Planungsvereinbarung bezüglich eines Variantenvergleiches betreffend der Aufhebung des Bahnüberganges "Am Löwentor" zu.

In dem Anforderungsprofil des gutachterlichen Variantenvergleiches ist aufzuführen, dass neben den in der Vorlage genannten Kriterien, u. a. nur behindertengerechte Lösungen mit einer offenen Gestaltung ohne Angsträume zur Ausführung kommen sollen, kosten-optimierende Gesichtspunkte sind zu berücksichtigen, Zeitansätze der Umsätze mit zu untersuchen.

Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

6 05 - 13 1301/2003
E1

**43. Änderung des Flächennutzungsplanes
betreffend Darstellung einer Konzentrationszone für
Windenergieanlagen ;
hier: 1. Bericht zur durchgeführten 4. Offenlage
2. Feststellungsbeschluss**

Herr Kemkes bezieht sich auf die Inhalte der Vorlage. Weiter führt er aus, dass der BPVA am 21.01.03 die Fortführung des Verfahrens für die Fläche südlich der Autobahn beschlossen hat, gleichzeitig wurde die Verwaltung beauftragt, für den Bereich nördlich der Autobahn das Erörterungsverfahren anzugehen. Der bereits vereinbarte Termin mit der Bezirksregierung ist abgesagt worden mit der Bemerkung, die Bezirksregierung wolle von der Landesanstalt für Ökologie und Forsten zunächst ein Fachgutachten einholen, um auf dieser Grundlage einen Erörterungstermin zu führen. Der Termin wurde für die 2. Hälfte März angedacht. Die Verwaltung geht davon aus, dass dieser Termin auch stattfinden wird. Da es viele Anfragen für Einzelanlagen im Gebiet von Emmerich gibt, ist es wichtig, planungsrechtliche Voraussetzungen für eine Konzentrationszone für Windenergieanlagen zu schaffen, um die "Verspargelung" der Landschaft zu vermeiden.

Deshalb wird die Parallelführung empfohlen, auch den Bereich südlich der Autobahn zunächst fort zu führen. Sollte vor der nächsten Ratssitzung der Erörterungstermin stattfinden, kann der Rat beschließen, das Verfahren südlich der Autobahn abubrechen. Es kann davon ausgegangen werden, dass das Verfahren nördlich der Autobahn längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Deshalb empfiehlt die Verwaltung, das andere Verfahren zu Ende zu führen, damit die Stadt ein Steuerungsinstrument in die Hand bekommt. Weiter teilt Herr Kemkes mit, dass bereits ein Bauantrag für den Bau einer Einzel-Windkraftanlage im südlichen Bereich vorliegt. Dies gilt auch für den nördlichen Bereich.

Mitglied ten Brink sagt aus, dass seine Fraktion dafür ist, die Entscheidung bis nach dem Erörterungstermin zu schieben. Seine Fraktion ist nach wie vor für die nördliche Lösung. Vorsitzender Diks ist dafür, dass der Ausschuss diese Vorlage ohne Empfehlung an den Rat verweist.

Herr Kemkes verweist auf seinen Hinweis, wonach bereits ein Antrag für den südlichen Bereich vorliegt, welcher nicht abgelehnt werden kann. Mit dem Anhalten für diesen Bereich wird das Steuerungsinstrument aus der Hand gegeben.

Vorsitzender Diks stellt fest, dass die Entscheidung der Rat treffen wird. Wenn jetzt die Vorlage ohne Empfehlung an den Rat gegeben wird, wird kein Verfahren angehalten.

Erster Beigeordneter Herr Dr. Wachs berichtet, dass hierbei eine Änderung des Flächennutzungsplanes wichtig ist. Danach ist ein entsprechendes Verfahren bei der Bezirksregierung einzuleiten. Erst mit der Bekanntmachung der entsprechenden Änderung wird er rechtswirksam und erst dann können Anträge an anderen Stellen negativ beschieden werden.

Mitglied Diekman schließt sich dem Vorschlag, die Vorlage ohne Empfehlung an den Rat weiter zu geben, an.

Vorsitzender Diks stellt klar, dass der Ausschuss mit der Aussage "ohne Empfehlung an den Rat" deutlich machen, dass er für die nördliche Lösung ist. Wenn die nördliche Lösung nicht genehmigt wird, muss die südliche Lösung akzeptiert werden, damit die "Verspargelung" der Landschaft ausgeschlossen wird.

Mitglied Siebers wünscht, dass die Verwaltung schnellstmöglich einen Termin mit der Bezirksregierung vereinbaren soll.

Dies wird von der Verwaltung zugesagt.

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, die Vorlage ohne Beschlussempfehlung an den Rat weiter zu leiten.

Zu 1)

- a) Der Rat beschließt, dass die Anregungen der Deutschen Telekom mit der Stellungnahme der Verwaltung abgewogen sind.
- b) Der Rat beschließt, dass die Anregungen des Landesbetriebes Straßenbau NRW, Niederlassungen Wesel und Krefeld, mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.
- c) Der Rat beschließt, dass die Anregungen des Staatlichen Umweltamtes Krefeld -Fachteil Wasserwirtschaft- mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.
- d) Der Rat beschließt, dass die Anregungen der Unteren Wasserbehörde mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.
- e) Der Rat beschließt, dass die Anregungen des Kreisgesundheitsamtes mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.
- f) Der Rat beschließt, dass die Anregungen der Unteren Landschaftsbehörde mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.
- g) Der Rat beschließt, dass die Anregungen der Naturschutzverbände mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.
- h) Der Rat beschließt, dass die Anregungen der Landwirtschaftskammer Rheinland sowie der Betreiber der Windkraftanlagen im Ortsteil Vrasselt mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.
- i) Der Rat beschließt, dass die Anregung des CDU-Ortsverbandes Hüthum - Borghees - Klein-Netterden mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.
- j) Der Rat beschließt, dass die Anregungen des Rheinischen Landwirtschaftsverbandes in Vertretung der Eheleute Köster mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.
- k) Der Rat beschließt, dass die Anregungen der Frau Menton mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.
- l) Der Rat beschließt, dass die Anregungen des Herrn Thüß mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.
- m) Der Rat stellt fest, dass die Belange der Wehrbereichsverwaltung West III von der Darstellung einer Konzentrationszone für WEA südlich der Autobahn nicht betroffen sind.

Zu 2)

Der Rat beschließt den beiliegenden Änderungsentwurf mit Erläuterungsbericht gemäß § 2 Abs. 1 i.V. mit Abs. 4 BauGB als 43. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Emmerich am Rhein. Die Darstellungen des Flächennutzungsplanes werden hierdurch in der Weise abgeändert, dass im Ortsteil Klein-Netterden südlich der Bundesautobahn A 3 zwischen Autobahnanschluss Emmerich/'s-Heerenberg und Dürkolfstraße ein 80 m breiter Streifen parallel zur Autobahn als „Konzentrationszone für Windenergieanlagen“ dargestellt wird. Hierbei wird die bisherige Darstellung des betroffenen Bereiches als „Fläche für die Landwirtschaft“ überlagert. Gleichzeitig wird gemäß § 16 Abs. 1 BauNVO eine Höhenbeschränkung der Windkraftanlagen auf eine maximale Höhenlage der Rotorachse von 100 m über dem gewachsenen Grund festgesetzt.

Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**7 05 - 13 1297/2003 Antrag auf Befreiung von Festsetzungen des
Bebauungsplanes Nr. E 6/6
- Am Hasenberg -**

Herr Kemkes bezieht sich auf die Inhalte der Vorlage. Die Verwaltung kam zu dem Ergebnis diesen Antrag ablehnend zu beurteilen, wobei sich die Verwaltung auf die Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes bezieht. Die vorhandene Bebauung ist entsprechend den Festsetzungen vorgenommen worden. Die fragliche Baugrenze entlang der Straße Am Hasenberg ist seinerzeit dem Kindergarten folgend etwas zurück gesetzt worden entsprechend der Häuser 3 und 5 und für den oberen Teil ab Haus-Nr. 5 bis zur Einmündung Flachsacker auf eine Parallelführung von 6 m zur Straße vorgenommen worden. Dies ist städtebaulich begründet in dem die Baufluchtlinie nördlich der Straße Am Flachacker aufgenommen wurde. Aus diesen Gründen schlägt die Verwaltung vor, keine Befreiung von den Festsetzung des Bebauungsplanes zu erteilen.

Mitglied ten Brink führt aus, dass der Abstand vom Haus Nr. 21 zur Straße Am Hasenberg etwa der gleiche Abstand wäre, wie die beantragte Maßnahme. Damit wäre er einverstanden, nicht aber mit der Garage, denn Am Flachsacker gibt es eine einheitliche Bauflucht.

Vorsitzender Diks präzisiert die Aussage dahin gehend, dass die beantragte Überschreitung der Baugrenze Am Hasenberg von 6 m auf 4 m akzeptabel ist, Am Flachsacker muss der Abstand von 4 m eingehalten werden.

Mitglied Brockmann sagt aus, dass er für Gleichbehandlung ist und stimmt der Aussage von Mitglied ten Brink zu.

Mitglied Diekman würde ebenfalls dem Antrag vom Mitglied ten Brink folgen. Allerdings müsste die Garage entweder schmaler gebaut werden oder einen anderen Standort erhalten.

Erster Beigeordneter Herr Dr. Wachs weist darauf hin, dass die Verwaltung permanent mit solchen Fällen, wie im vorliegenden Fall, zu tun hat. Es gibt rechtskräftige Bebauungspläne und Rechtsnormen, die von jedem zu akzeptieren sind. Die Kaufinteressenten nehmen zur Kenntnis, dass die Baugrenzen einzuhalten sind. Nach Ablauf des Verfahrens werden Anträge auf Befreiungen gestellt. Aus diesem Grund schlägt die Verwaltung vor, diesen Antrag abzulehnen.

Mitglied Struckhof stellt den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Mitglied Siebers schließt sich der Meinung vom Ersten Beigeordneten Herrn Dr. Wachs an und merkt an, dass die optische Einengung des Kreuzungsbereiches kritisch anzusehen ist

Vorsitzender Diks lässt zunächst über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, die beantragte Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. E 6/6 betreffend der Überschreitung der vorderen Baugrenze zur Straße "Am Hasenberg" auf den Grundstücken Gemarkung Emmerich, Flur 6, Flurstücke 1135 und 1136 abzulehnen.

Dafür: 2

Dagegen: 11

Enthaltungen: 0

Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Anschließend wird über den gemeinsamen Antrag der Mitglieder ten Brink und Diekman abgestimmt.

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss stimmt der beantragten Befreiung betr. der Überschreitung der vorderen Baugrenze zur Straße Am Hasenberg um 2,0 m zu. Einer Überschreitung der Baugrenze zur Straße Am Flachsacker, auch für Garagen und Nebenanlagen, wird nicht zugestimmt.

Beratungsergebnis: 11 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**8 05 - 13 1294/2003 7. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes
Nr. EL K/3 - Luitgardisstraße - (Teilplan Nordwest);
hier: 1. Bericht zur durchgeführten Offenlage und
Trägerbeteiligung
2. Satzungsbeschluss**

Mitglied Siebers vermisst die perspektivische Zeichnung und möchte wissen, ob eine Stellungnahme des Hotels zu der Planung vorliegt.

Herr Kemkes berichtet, dass das Gebäude von der Hotelseite nicht zu sehen sein wird.

Die Architektur wurde begründet, so dass das Gebäude sich in die Umgebung einfügen wird.

Mitglied Jansen spricht sich dafür aus, dem Antrag zu folgen.

Mitglied Struckhof möchte wissen, ob die Firsthöhe die gleiche sein wird.

Herr Kemkes kann diese Frage nicht eindeutig beantworten. Es sagt zu, dies in der Niederschrift anzugeben.

Anmerkung:

Die Prüfung hat ergeben, dass die Neuplanung die vorhandene Firsthöhe des Altgebäudes nicht überschreitet.

Die Mitglieder Diekman und Jansen stellen den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Zu 1)

Der Rat beschließt, dass die Anregungen des staatlichen Kampfmittelräumdienstes mit der Ergänzung des Bebauungsplanes um einen Hinweis abgewogen sind

Zu 2)

Der Rat beschließt den Entwurf der gemäß § 13 BauGB durchgeführten 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. EL K/3 -Luitgardisstraße- (Teilplan Nordwest) mit Entwurfsbegründung als Entscheidungsbegründung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.

Hierdurch wird der Bebauungsplan für das Grundstück Lindenallee 31 - 33, Gemarkung Elten, Flur 9, Flurstück 299, dahin gehend geändert, dass

- a) die überbaubare Fläche in nördlicher Richtung auf eine Tiefe von 26,0 m erweitert wird,
- b) die Zulässigkeit von Garagen und überdachten Stellplätzen außerhalb der überbaubaren Fläche aufgehoben wird,
- c) ein Pflanzgebot für einen Baum I. Größenordnung festgesetzt wird.

Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 1 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**9 05 - 13 1298/2003 4. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes
Nr. P 3/1- Raiffeisenstraße/Nord -;
hier: 1. Bericht zur durchgeführten Offenlage und
Trägerbeteiligung
2. Satzungsbeschluss**

Mitglied Siebers äußert Bedenken, ob hier nicht ein Präzedenzfall geschaffen wird, da es sich Ihrer Meinung nach um eine größere Erweiterung handelt

Herr Kemkes erwidert, dass diese Angelegenheit bereits diskutiert wurde. Aufgrund eines Beschlusses wurde die Offenlage durchgeführt. Das Ergebnis der Offenlage liegt jetzt vor.

Zu 1)

Der Rat nimmt den Bericht zur durchgeführten Offenlage und Trägerbeteiligung zur Kenntnis.

Zu 2)

Der Rat beschließt den Entwurf der gemäß § 13 BauGB durchgeführten 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. P 3/1 -Raiffeisenstraße/Nord- mit Entwurfsbegründung als Entscheidungsbegründung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung. Hierdurch wird der Bebauungsplan für das Grundstück Raiffeisenstraße 43, Gemarkung Praest, Flur 2, Flurstück 226, dahin gehend geändert, dass die überbaubare Fläche in Richtung Raiffeisenstraße bis in Höhe der Gebäudefront des Nachbargebäudes Raiffeisenstraße 32 erweitert wird.

Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltungen

- 10 05 - 13 1295/2003 **1. Änderung des Bebauungsplanes Nr . B/1
- Amselweg-;**
hier: **1. Bericht zur durchgeführten Bürger - und
Trägerbeteiligung
2. Beschluss zur Offenlage
3. Städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 BauGB**

Mitglied Struckhof möchte wissen, ob der städtebauliche Vertrag vorliegt, so dass der Abriss des vorhandenen Gebäudes mit aufgenommen wird.

Darauf erwidert Herr Kemkes, dass der Vertrag noch nicht vorliegt. Allerdings muss der Vertrag zur Beschlussfassung des Rates als Satzung vorliegen. Diese Punkte werden im städtebaulichen Vertrag aufgenommen.

Mitglied Diekman stellt den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Zu 1)

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, dass die im Rahmen der Bürger- und Trägerbeteiligung vorgetragenen Anregungen durch die jeweilige Berücksichtigung im Bebauungsplanänderungsentwurf und seiner Begründung entsprechend den Stellungnahmen der Verwaltung abgewogen sind.

Zu 2)

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt den Entwurf zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. B/1 – Amselweg – als Offenlegungsentwurf und beauftragt die Verwaltung, die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Zu 3)

Zur Sicherstellung des Abrisses des bestehenden Wohngebäudes im Zuge der Neuerrichtung eines Einfamilienhauses auf dem Grundstück „Amselweg 21“ ist mit den Antragstellern ein Städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 BauGB abzuschließen.

Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltungen

- 11 05 - 13 1303/2003 **2. Änderung des Bebauungsplanes Hühthum Nr . 6
- Am Broinsken -;**
hier: **1. Bericht über die durchgeführte Bürger - und
Trägerbeteiligung
2. Beschluss zur Offenlage**

Mitglied Siebers erklärt, dass ihre Fraktion diesen Antrag ablehnt, weil die Sichtachse zugebaut wird.

Mitglied Diekman stellt den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Zu 1)

- a) Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, dass die Anregungen des Landesbetriebes Straßenbau mit den Ausführungen der Verwaltung im Bebauungsplanentwurf berücksichtigt sind.
- b) Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, dass die Anregungen der

Abwasserwerke Emmerich im Bebauungsplanentwurf sowie durch Regelungen im städtebaulichen Vertrag berücksichtigt werden sollen.

- c) Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, den Bebauungsplanänderungsentwurf um einen Hinweis zu Verhaltensmaßregeln bei Erdbohrungen bzgl. evtl. vorhandener Kampfmittel zu ergänzen.
- d) Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, den Bebauungsplanänderungsentwurf um einen Hinweis bzgl. der denkmalschutzrechtlichen Bestimmungen zu ergänzen.

Zu 2)

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt den beigefügten Entwurf mit Begründung als Entwurf der Offenlage und beauftragt die Verwaltung, die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 1 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

12 **Mitteilungen und Anfragen**

Mitteilungen

1. Gehwegplatten vor der Christuskirche;
hier: Mitteilung vom Ersten Beigeordneten Herrn Dr. Wachs

Erster Beigeordneter Herr Dr. Wachs teilt mit, dass der Baubetriebshof die kaputten Platten austauschen wird. Es gilt abzuwägen, ob nicht der gesamte Bereich nach Beendigung der Arbeiten an der Kirche neu gepflastert werden soll.

2. Antrag der BGE an den Rat - Ausbau Kreisverkehr/Ampelanlage an der B 220/
Nollenburger Weg;
hier: Mitteilung vom Ersten Beigeordneten Herrn Dr. Wachs

Weiter teilt Erster Beigeordneter Herr Dr. Wachs mit, dass ein Antrag der BGE vorliegt, worin die Verwaltung zu beauftragen ist mit dem zuständigen Baulastträger über den Ausbau eines Kreisverkehrs oder einer Ampelanlage an der Kreuzung B 220/Nollenburger Weg zu verhandeln.

3. Termine für Sondersitzungen des Bau-, Planungs- u. Verkehrsausschusses;
hier: Mitteilung vom Vorsitzenden Diks

Vorsitzender Diks teilt zwei Termine für Sondersitzungen mit, und zwar am 08.04.2003 Ortstermin an der Rheinpromenade - Vorstellung der Materialien am 29.04.2003 Innenstadt und Verkehr.

Anfragen

1. Kreisverkehr 's-Heerenberger Straße;
hier: Anfrage von Mitglied Struckhof

Mitglied Struckhof ist aufgefallen, dass an dem Kreisverkehr 's-Heerenberger Straße in die Gerhard-Storm-Straße ein Sperrschild für LKW-Fahrzeuge fehlt.

2. Hagenackerweg im Ortsteil Vrasselt;
hier: Anfrage von Mitglied Bongers

Mitglied Bongers teilt mit, dass am Hagenackerweg die Pfähle, die den tiefen Graben gesichert haben, abgebrochen sind.
Der Baubetriebshof wird den Schaden beheben.

3. Aufreißen der Straßen;
hier: Anfrage vom Vorsitzenden Diks

Vorsitzender Diks fragt an, ob es eine Möglichkeit gibt Strafen gegen diejenigen zu verhängen, die Straßen wieder aufreißen, weil etwas vergessen wurde. Als Beispiel nennt Herr Diks die HansasträÙe zwischen Goebelstraße und Bredenbachstraße.
Die Verwaltung sagt eine Überprüfung zu.

13 **Einwohnerfragestunde**

Bebauungsplan Am Hasenberg

Herr Kaste berichtet, dass er sich bei der Verwaltung vor dem Kauf des Grundstückes erkundigt hat, ob eine Garage gebaut werden kann. Dies wurde von der Verwaltung zugesagt. Die Garage wurde in dem eingereichten Bauantrag als nicht genehmigungsfähig abgelehnt. Als Begründung wurde angegeben, dass die Sicht auf den Kreuzungsbereich frei bleiben sollte. Er wünscht eine Lösung, damit er bauen kann.

Vorsitzender Diks weist darauf hin, dass ein entsprechender Beschluss gefasst wurde.

Herr Kemkes führt aus, dass die Baugrenze Am Flachsacker vor dem Haus Nr. 25 verläuft. Die davor liegende Fläche soll von einer Bebauung frei bleiben. Hierzu gibt es für diesen Bereich eine Gestaltungssatzung die besagt, dass es sich um nicht überbaubare Flächen handelt, die gärtnerisch zu gestalten sind.

Vorsitzender Diks regt an, die Detailfragen mit der Verwaltung zu klären.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung um 19.40 Uhr.

Vorsitzender

Schriftführerin